
2725/AB XXIV. GP

Eingelangt am 08.09.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Verkehr, Innovation und Technologie

Anfragebeantwortung

An die
Präsidentin des Nationalrats
Mag.a Barbara PRAMMER
Parlament
A-1017 Wien

GZ. BMVIT-10.000/0035-I/PR3/2009
DVR:0000175

Wien, am . September 2009

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mayer und GenossInnen haben am 9. Juli 2009 unter der **Nr. 2724/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend ungleicher Behandlung von PensionistInnen bei der ÖBB-Seniorenermäßigung gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4:

- *Ist im Rahmen der Neuorganisation der ÖBB angedacht, auch die in der Anfrage angesprochene Ungleichbehandlung zu überdenken?*
- *Ist es aus Ihrer Sicht gerechtfertigt, dass die ÖBB weiterhin an dieser Ungleichbehandlung festhält?*
- *Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um diese Ungleichbehandlung zu beseitigen?*
- *Werden auch in anderen mit Bundesbeteiligung ausgestatteten Verkehrsbetrieben solche Maßnahmen Ihrerseits angedacht, wenn ja: wann? Wenn nein: welche Hindernisse stehen dieser Aufhebung einer Ungleichbehandlung entgegen?*

Die Festlegung der detaillierten Tarifbestimmungen liegt grundsätzlich in der Kompetenz und wirtschaftlichen Verantwortung der Verkehrsunternehmen bzw. Verkehrsverbünde. Seitens des BMVIT wird darauf nicht Einfluss genommen. Dieser Sachverhalt soll auch bei einer Neuorganisation der ÖBB nicht geändert werden.